

**Dr. Ralf Güldner**  
**Präsident des DAfF**

**Eröffnungsansprache**  
**– Es gilt das gesprochene Wort –**

**Annual Meeting on Nuclear Technology (AMNT, Jahrestagung Kerntechnik),**  
**05. bis 07. Mai 2015, Berlin**

Sehr geehrte Gäste,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zu unserem 46. Annual Meeting on Nuclear Technology 2015 in Berlin heiÙe ich Sie im Namen des DAf und der Kerntechnischen Gesellschaft herzlich im Estrel Convention Center willkommen, in dem wir nun zum dritten Mal zu Gast sind. Diese Tagung ist die einzige in Deutschland und auch in Europa, die sich der Kerntechnik derart ganzheitlich widmet und dabei gezielt den internationalen Fachaustausch fördert. Auch diesmal haben wir internationale Teilnehmer aus zahlreichen europäischen Ländern wie auch aus China, Kanada, Malaysia, Russland, Saudi-Arabien, Südkorea und den Vereinigten Staaten. Mit unserer Tagung bilden wir die aktuellen Themen unserer Branche ab, national und international. In diesem Jahr mit einem „neuen Dienstag“ an dem wir bereits um 9 Uhr mit dem Tagungsprogramm begonnen haben. Heute Vormittag haben drei Fokussitzungen und eine Fachsitzung zu den Themen Betrieb, Nachbetrieb und Rückbau sowie Entsorgung stattgefunden. In der Plenarsitzung wird sich ein deutschsprachiges Panel der Arbeit der Endlagerkommission widmen, die Leitplanken für die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle setzen wird. Zugleich befassen wir uns mit den aktuellen und künftigen Entwicklungen in der Reaktor- und Sicherheitstechnik mit Blick auf neue Anlagen und beleuchten die polnische und schwedische Situation in der Energiepolitik sowie die Unternehmenspolitik der wichtigsten Energieversorger dieser Länder.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Partnern unserer diesjährigen Ausstellung bedanken, auf der Sie wieder in direkten Kontakt mit zahlreichen Unternehmen unserer Branche treten können. Auch diesmal wird Ihnen eine Leistungsschau der kerntechnischen Industrie nicht nur, aber insbesondere in Deutschland geboten.

### **Endlagerkommission – Beitrag und Mitwirkung der kerntechnischen Branche**

Lassen Sie mich zu den inhaltlichen Themen kommen: Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“, die auf das Standortauswahlgesetz zurück geht, hat vor einem Jahr ihre Arbeit aufgenommen. Obgleich die Plenarsitzungen der Kommission per Webstream übertragen werden und Informationen und Dokumente sowie ein Forum auf der Homepage zugänglich sind, hat die Arbeit bislang wenig Resonanz in der breiten Öffentlichkeit gefunden. Dies mag damit zusammenhängen, dass sich wichtige Themen wie Entsorgungspfade, Kriterien für ein Endlager oder Auswahl- und Ausschlusskriterien für Standorte noch in einem frühen Beratungsstadium befinden und die eigentliche „Öffentlichkeitsbeteiligung“ noch nicht begonnen hat.

So mag also bisher der Eindruck entstanden sein, dass die Kommission generell nicht vorankommt. Allerdings konnte sich die Kommission im Themenbereich „Behördenstruktur“, also der Organisation im Bereich Standortsuche und Endlagerung, bereits auf wichtige Grundsätze zu einer Neuordnung einigen, die derzeit zur Ausarbeitung beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) liegen. Zu den beschlossenen grundlegenden Empfehlungen gehört als wesentlicher Punkt, die Betreiberaufgaben des Bundesamts für Strahlenschutz, die DBE mbH und die Asse-GmbH in einer neu zu gründenden Bundesgesellschaft für kerntechnische Entsorgung (BGE) zusammen zu führen, die zu 100 Prozent der öffentlichen Hand gehören, aber privatrechtlich organisiert sein soll. Ein bemerkenswerter Schritt der die Handlungsfähigkeit der Kommission unterstreicht. In politischen Gremien waren diese Themen jedenfalls über viele Jahre nicht lösbar, nicht einmal sachlich diskutierbar.

Allerdings geht es auch nicht immer so konstruktiv zu: Einzelne Mitglieder der Kommission greifen in öffentlichen Äußerungen der Arbeit der Kommission vor, ohne dass es dafür eine Grundlage gäbe. Eine solche individuelle Profilierung schadet der konstruktiven Zusammenarbeit und macht die Suche nach einem Konsens in einer sehr heterogenen Gruppe schwer. Die erhoffte befriedigende Wirkung der Kommissionsarbeit kann so nicht erreicht werden.

Bei einem anderen Thema haben sich im Lauf der Kommissionsarbeit bislang ernüchternde Erkenntnisse ergeben. Mehrmals wurde in der Kommission darüber beraten, wie viel Zeit die Suche, Erkundung, Auswahl, Genehmigung und Errichtung eines künftigen Endlagers bis zu seiner Bereitstellung benötigt. Die Schätzungen für die Betriebsaufnahme eines Endlagers reichen von 2045/2050 als frühester Möglichkeit bis in die achtziger Jahre des Jahrhunderts. Dementsprechend könnte mit dem Verschluss eines Endlagers nach der Betriebszeit entweder in den achtziger Jahren oder erst nach 2130 begonnen werden. Zur Erinnerung: Eines der wichtigsten Ziele bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle ist es, nachfolgenden Generationen keine ungebührlichen Belastungen aufzuerlegen. Dieses Ziel ist mit einem Prozess, der womöglich 150 Jahre dauert, nicht zu vereinbaren. Die Kommission muss es deshalb zu ihrer Aufgabe machen, Vorschläge zur Beschleunigung des Auswahlverfahrens und der weiteren Schritte zu entwickeln.

Die kerntechnische Branche arbeitet auf jeden Fall konstruktiv mit, innerhalb der Kommission und auch außerhalb, wo sich die Unternehmen und Institutionen, die mit Themen der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle befasst sind, engagiert einbringen wenn ihre Expertise gefragt ist. Konstruktive Mitarbeit schließt aber unterschiedliche Auffassungen nicht aus. Mitwirkung in der Kommission bedeutet auch nicht, dass Unternehmen, denen Kommissionsmitglieder verbunden sind, ihre Interessen nicht mehr vertreten oder ihre Rechte nicht mehr einklagen dürften. Die Erwartung mancher Kommissionsmitglieder und gesellschaftlicher Gruppen, dass die engagierte Mitarbeit von Dr. Bernhard Fischer und Professor Gerd Jäger in der Kommission bedeuten muss, dass E.ON und RWE die Wahrung ihrer Rechtspositionen aussetzen oder ganz aufgeben, ist insoweit verfehlt und missachtet Grundrechte unseres Rechtsstaats. Eine solche Position ließe sich gegenüber den Aktionären auch nicht vertreten. Die Betreiber der Kernkraftwerke in Deutschland haben bezüglich der Fragen, in denen aus ihrer Sicht ein rechtlicher Dissens zu administrativen oder gesetzgeberischen Entscheidungen besteht, immer mit offenen Karten gespielt und werden das auch in Zukunft so halten.

Die Kommission möchte mit einer Veranstaltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung am 20. Juni in Berlin ihre öffentliche Rolle deutlich ausweiten und der Beteiligung eine neue Qualität verleihen. Zu der Veranstaltung soll die interessierte Öffentlichkeit in der Breite erreicht werden. Es wäre schön, wenn auch viele Vertreter unserer Branche teilnehmen und dort ihren Sachverstand einbringen.

### **Neuer Anlauf zur alternativen Zwischenlagerung**

Ein anschauliches Beispiel für das Spannungsfeld von konstruktiver Zusammenarbeit und juristischem Dissens bietet der Fall der alternativen Zwischenlagerung. Auf Forderung von Niedersachsen wurde das Atomgesetz 2013 so geändert, dass die letzten von Deutschland zurück zu nehmenden Transport- und Lagerbehälter mit verfestigten radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im Ausland in die standortnahen Zwischenlager gebracht werden müssen und nicht mehr im Transportbehälterlager Gorleben eingelagert werden dürfen. Die Bundesregierung

hat in diesem Zusammenhang zugesagt, im Konsens mit den Ländern die aufnehmenden Läger zu finden. Zunächst hatte man dafür den Zeitpunkt der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes im Juli 2013, dann seitens der neuen Bundesregierung Ostern 2014 ins Auge gefasst. Letztendlich hat Bundesumweltministerin Hendricks die Suche nach einem Konsens mit den Ländern für gescheitert erklärt und im März 2015 angekündigt, ein eigenes Konzept des BMUB vorzulegen.

Die Betreiber haben wiederum klargestellt, dass sie eine Genehmigung für die Einlagerung standortfremder Abfälle nicht gegen den Willen der jeweiligen Landesregierung beantragen würden. Auch sind sie nicht bereit, die beträchtlichen Mehrkosten zu tragen, da sie mit dem Transportbehälterlager Gorleben bereits eine geeignete und genehmigte Zwischenlagerung bereit gestellt und finanziert haben und die avisierte alternative Zwischenlagerung keinen sicherheitstechnischen Vorteil bietet. Trotz dieser Meinungsverschiedenheit mit der Bundesregierung haben die Betreiber im ganzen Zeitraum konstruktiv daran mitgearbeitet, die technischen, logistischen und genehmigungsrechtlichen Fragen der alternativen Zwischenlagerung zu identifizieren und Lösungen zu erarbeiten. Im Zuge dieser Zusammenarbeit ist man sich näher gekommen, so dass Hoffnung besteht, dass ein Konzept der Bundesregierung einvernehmlich realisiert werden könnte sofern die Finanzierungsfragen geklärt werden können und die betroffenen Länder einverstanden sind. Gleichwohl wurden wegen rechtlicher Fristen zur Wahrung der Rechtsposition auch in diesem Zusammenhang Klagen eingereicht. Damit soll aber die konstruktive Problemlösung nicht behindert werden.

## **Zukunft des Strommarktes und der Stromversorgung**

Bei aller gebotenen Aufmerksamkeit für Stilllegung und Entsorgung, noch werden in Deutschland neun Kernkraftwerke betrieben, die mit ihrer betrieblichen Exzellenz weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung leisten. Mit 15,8 Prozent der Bruttostromerzeugung und rund einem Drittel der Grundlastversorgung ist die Kernenergie immer noch eine Säule der Stromversorgung, insbesondere in Süddeutschland wo sich sechs Anlagen konzentrieren, die in Baden-Württemberg mehr als ein Drittel, in Bayern beinahe die Hälfte des Stroms erzeugen. Mit ihrer guten Lastfolgefähigkeit tragen sie auch zum Ausgleich der schwankenden Einspeisung von Wind- und Sonnenkraft bei und gehören zu den Garanten der Netzstabilität.

Die Leistungsfähigkeit der Kernenergie in Deutschland wird aktuell an den Betriebsergebnissen der Kernkraftwerke im internationalen Vergleich sichtbar: Trotz immer umfänglicheren Lastfolgebetriebs wegen des fortschreitenden Ausbaus der erneuerbaren Energien befinden sich unter den besten zehn Kernkraftwerken der Welt bei der Bruttostromerzeugung im Jahr 2014 vier deutsche Anlagen: Emsland, Brokdorf, Isar 2, Neckarwestheim 2.

2014 war allerdings das letzte Jahr, in dem die neun laufenden Anlagen ganzjährig zur Verfügung standen. Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld wird bis in die zweite Junihälfte laufen, bevor es ein halbes Jahr vor der gesetzlichen Frist endgültig abgeschaltet wird. Die Entscheidung zum Verzicht auf diese letzten Monate wurde aus Rentabilitätsgründen getroffen. Neue Brennelemente hätten sich wegen der Kernbrennstoffsteuer in Verbindung mit dem extrem schwachen Strommarkt nicht mehr rentiert. So wird nun in wenigen Wochen ein Kernkraftwerk abgeschaltet, das noch im vergangenen Jahr mit 10,44 Milliarden Kilowattstunden mehr als 11 Prozent der bayerischen Stromversorgung gesichert und an 257 Tagen im Lastfolgebetrieb die schwankende Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien ausgeglichen hat. Insgesamt wird Grafenrheinfeld in 33 Betriebsjahren mehr

als 330 Milliarden Kilowattstunden Strom bei einer Zeitverfügbarkeit von über 88 Prozent erzeugt haben. Das ist nicht nur ein Ausweis der Qualität deutscher Kerntechnik, es ist vor allem auch Resultat der Kompetenz und des Engagements der Mitarbeiter, die mit höchstem Sicherheits- und Qualitätsbewusstsein nicht nur in Grafenrheinfeld sondern in allen deutschen Kernkraftwerken derartige Leistung erbringen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Der wirtschaftliche Druck, der die Entscheidung über den Restbetrieb in Grafenrheinfeld bestimmt hat, weist auf ein allgemeines Problem des Strommarktes: das heutige Preisniveau, das durch die subventionierte Einspeisung großer Mengen Stroms aus erneuerbaren Quellen bestimmt wird, ist auf Dauer nicht auskömmlich. Seit Jahren werden deshalb immer mehr Anlagen unwirtschaftlich. Das gilt besonders für Gaskraftwerke, die politisch erwünschten Partner der Erneuerbaren und der Energiewende, aber auch für mehr und mehr Steinkohlekraftwerke. Für Neubauinvestitionen bleibt keinerlei Spielraum mehr. Diese Situation besteht schon seit mehreren Jahren und der Ausbau erneuerbarer Energien wird weiter gehen. Wie die Stromversorger damit umgehen, wird Dr. Leonhard Birnbaum, Mitglied des Vorstands der E.ON SE in seiner heutigen Rede ansprechen.

Es geht hier aber nicht nur um Unternehmensstrategie, sondern am Ende um Versorgungssicherheit. Das wird sehr klar, wenn man Gesetzeslage und politische wie wirtschaftliche Trends zusammen betrachtet: Die Nutzung der Kernkraftwerke wird mit politischem Beschluss bis 2022 beendet, die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums zur Kohlepolitik führen zu einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohle aus Gründen des Klimaschutzes und die – politisch geprägten – Marktbedingungen erzwingen die Abschaltung selbst modernster hocheffizienter Gaskraftwerke wie Irsching 4 und 5. Derzeit liegen bei der Bundesnetzagentur 47 Anträge auf Stilllegung von Kraftwerken vor, insgesamt wird von den Betreibern bis 2018 die Stilllegung von mehr als 13.000 MW geplant. Die möglichen Folgen der geplanten Klimaabgabe für ältere Kohlekraftwerke, Sie haben die aktuelle Diskussion um die Braunkohle sicher verfolgt, sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. In Süddeutschland werden allerdings bereits jetzt – mit Ausnahme der Stilllegungsanzeigen für Kernkraftwerke – praktisch keine Stilllegungen mehr genehmigt, weil die Bundesnetzagentur die Kapazitäten als „systemrelevant“ einstuft und sie unter die Reservekraftwerksverordnung fallen.

Deshalb muss seriös überlegt und entschieden werden, wie die Versorgungssicherheit in Deutschland künftig gewährleistet werden soll. Diese wird auch langfristig von konventionellen Kraftwerken abhängen, Wind und Sonne alleine schaffen das nicht. Die Haltung der Bundesregierung in den vergangenen Monaten war allerdings wenig konstruktiv. Markige Worte gegen Hartz-IV für Kraftwerke tragen nicht zur Problemlösung bei und können in den Unternehmen und ihren Belegschaften kein Vertrauen schaffen.

Allerdings tut sich nicht nur die Bundesregierung schwer damit, die wirtschaftliche Sicherung von verfügbarer Leistung als unvermeidliche Konsequenz der Energiewende zu akzeptieren und entsprechend zu handeln. Auch die Haltung in Teilen der Industrie ist wenig realistisch. Der Industriestandort Deutschland ist auf eine qualitativ hochwertige und verlässliche Stromversorgung angewiesen. Wettbewerbsfähigkeit ist nicht nur eine Kosten-, sondern auch eine Qualitätsfrage. Wenn keine Bereitschaft besteht, sich an den moderaten Zusatzkosten eines wettbewerblich organisierten Kapazitätsmechanismus zu beteiligen, dann muss eben die Konsequenz akzeptiert werden, dass spätestens mit Abschluss des Kernenergieausstiegs die Versorgungsqualität in Deutschland deutlich sinkt.

## **Kernenergie in der Welt – zwischen Aufbruch und wirtschaftlichen Herausforderungen**

Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Gestaltung des Strommarktes stellen sich auch anderswo. In den Vereinigten Staaten etwa stehen nicht nur Neubauprojekte, sondern auch ältere Kernkraftwerke vor wirtschaftlichen Herausforderungen durch niedrige Erdgaspreise. In den vergangenen Jahren wurden deshalb aus wirtschaftlichen Gründen die Kernkraftwerke Crystal-River-3, Kewaunee und Vermont Yankee dauerhaft stillgelegt. Derzeit ist wegen des günstigen Gaspreises der wirtschaftliche Druck auf Kernkraftwerke, die im Markt stehen hoch und die Abhängigkeit von Erdgas bei der Stromerzeugung wächst. So überrascht es nicht, dass in den Vereinigten Staaten neben den fünf in Bau befindlichen Anlagen derzeit nur für vier weitere Blöcke realistische Investitionsperspektiven bestehen, während es Planungen für 23 große Blöcke und 19 SMR-Blöcke mit zusammen ca. 33 GW Leistung gibt. Da ein erheblicher Erneuerungsbedarf bei der Stromversorgung besteht, kann man in den USA auch jenseits der Kernenergie durchaus von einem Investitionsstau sprechen.

In Ländern mit kräftig wachsender Wirtschaft stehen eher Kapazitätserweiterung und Versorgungssicherheit im Mittelpunkt wie man in so unterschiedlichen Staaten wie Polen, der Türkei, China und Indien erkennen kann. Hinzu treten jeweils weitere Gründe als Treiber der nuklearen Entwicklung. Der feste Wille der polnischen Regierung und des größten Energieversorgers PGE zum Einstieg in die Kernenergie basiert auf der Erwartung eines deutlich steigenden Stromverbrauchs verbunden mit dem Wunsch nach strategischer Versorgungssicherheit und möglichst großer Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen sowie dem Bestreben, langfristig die Klimafreundlichkeit des Energiemix zu verbessern. Eine Aufgabe, die in Polen mit einem Kohlekraftanteil von rund 90 Prozent eine besondere Herausforderung darstellt. Den Vortrag von Jacek Cichosz, dem Vorstandsvorsitzenden von PGE EJ1, Träger des Kernkraftprojekts von PGE, können wir mit Spannung erwarten.

Umweltgründe spielen auch in China eine zunehmende Rolle in der Energiepolitik. Mit einem hohen Kohleanteil und einer teils sehr starken Luftverschmutzung wird Kernenergie in China als wichtiger Beitrag zum Umweltschutz verstanden. In jüngster Zeit wurden die Vorbehalte, die sich in Folge des Unfalls von Fukushima gebildet hatten ausgeräumt und erstmals seit 2011 wurden neue Genehmigungen für den Bau von Kernkraftwerken erteilt. Derzeit befinden sich in China Kernkraftwerke mit 25 GW Leistung in Bau und weitere 52 GW sollen in den kommenden 10 Jahren errichtet werden. Bis 2040 sollen noch einmal mehr als 100 GW dazukommen.

## **Kerntechnisches Know-how in Deutschland**

Bei allen Unterschieden der Situation der Kernenergie in verschiedenen Ländern: ein vollständiger, schneller Ausstieg aus der Kernenergie wie er in Deutschland beschlossen wurde, findet keine Nachahmer. Selbst in Deutschland werden wir mit der Beendigung der Stromerzeugung aus Kernenergie nicht unmittelbar aus dieser Technologie aussteigen. Der sichere Nachbetrieb und die kommenden Aufgaben beim Rückbau und der Entsorgung werden uns noch über Jahrzehnte beschäftigen. Darüber hinaus bleibt Deutschland ein Land der Spitzenforschung, das Forschungsreaktoren betreibt und in internationalen Nuklearforschungsprogrammen mitarbeitet.

Wie nur in wenigen Ländern auf der Welt sind in Deutschland die wissenschaftlichen und industriellen Fähigkeiten in der Kerntechnik vorhanden, diese Aufgaben erfolgreich zu gestalten.

Damit das auch langfristig gewährleistet ist, bedarf es einer ausreichend großen kritischen Masse bei den in Deutschland vertretenen Herstellern, ihren Zulieferern und Dienstleistern, die das erforderliche Spektrum von Fähigkeiten abdecken können. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist für die Erhaltung dieser über Jahrzehnte gewachsenen industriellen Substanz ein Exportgeschäft für die Unternehmen notwendig, das die Zustimmung, im besten Fall die Unterstützung der Bundesregierung hat. International wettbewerbsfähig sind unsere Unternehmen mit ihren erfolgreichen Produkten und Dienstleistungen ohne Zweifel.

Zum Aspekt des industriellen Know-hows in unserem Land tritt noch der Aspekt der Sicherheit. In Deutschland werden – man sieht es an der internationalen Top Ten-Liste – die zuverlässigsten Kernkraftwerke und kerntechnischen Anlagen betrieben, nicht zuletzt, weil eine jahrzehntelange kritische Diskussion über die Kernenergie zu sehr hohen Sicherheitsstandards und zu einer hoch entwickelten Sicherheitskultur geführt hat. Auf dieser Grundlage setzt sich die Bundesregierung in der EU und weltweit für ein hohes nukleares Sicherheitsniveau ein. Dieses Interesse wird langfristig bestehen, da die Mehrzahl der anderen Staaten, die Kernenergie nutzen, keinen Ausstieg anstreben. Ohne eine eigene kerntechnische Industrie, die in eine entsprechende Forschungslandschaft eingebettet ist, wird es aber nicht möglich sein, weiter eine treibende Kraft kerntechnischer Sicherheit weltweit zu sein. In diesem Sinne ist bereits der Ausschluss von Neubauprojekten aus der Vergabe von Exportkreditgarantien eine problematische Einschränkung, denn auch bei Neubauprojekten bestehen Unterschiede im Sicherheitsniveau und Möglichkeiten, die Sicherheit durch Kerntechnik Made in Germany zu verbessern. Die Position von Bundeswirtschaftsminister Gabriel, dass durch Einschränkungen bei kerntechnischen Exporten aus Deutschland die Risiken in der Welt vermindert würden, ist daher nicht stimmig.

### **Herausforderung Kompetenzerhaltung**

Kerntechnisches Know-how gibt es nicht ohne Kerntechniker. Man könnte nun geneigt sein zu glauben, dass gut ausgebildete Fachkräfte mit spezifischem kerntechnischen Wissen hauptsächlich für unsere Industrieunternehmen wichtig sind. Also deren private unternehmerische Angelegenheit ohne nennenswerte Verantwortung des Staates. Eine solche Position würde aber den zukünftigen Aufgaben in ihrem Umfang und in ihrer Dauer nicht gerecht werden. Die in der Endlagerkommission diskutierten Schätzungen zum zeitlichen Ablauf der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gehen davon aus, dass der Betrieb eines Endlagers bis ins kommende Jahrhundert dauern wird. Dabei sind nicht nur Qualifikationen im Bergbau und im Strahlenschutz gefragt, so wichtig diese auch sind. Irgendwann ab 2050 oder später müssen die bestrahlten Brennelemente und die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung entsprechend des ausgewählten Endlagerkonzepts konditioniert werden. Das ist keine triviale Aufgabe und die gesamte Konditionierung wird sich über mehrere Jahrzehnte hinziehen.

Konkret bedeutet das, dass kaum jemand der heute schon in unserer Branche beruflich aktiv ist, den Beginn der Endlagerkonditionierung in seinem Berufsleben erleben wird. Um den künftigen Bedarf an Kerntechnikern für die staatliche Aufgabe der Entsorgung zu decken, muss es also langfristig eine kerntechnische Ausbildung in Deutschland geben. Ohne die Synergie von privatem und staatlichem Bedarf zu nutzen, wird es nicht möglich sein, die Kontinuität der fachlichen Kompetenz über so viele Jahrzehnte aufrecht zu erhalten. Es muss auch klar sein, dass qualifizierte Interessenten nur für ein Fach mit breiten wissenschaftlichen und intellektuellen Entfaltungsmöglichkeiten gewonnen werden können. Wer Forschung und Lehre in der Kerntechnik

aus politischen Gründen ausschließlich auf Entsorgungsfragen eindampfen möchte, wird mit dem Anspruch, eine ausreichende Anzahl von Fachleuten auszubilden scheitern. Mit expliziten oder impliziten Forschungsverböten kann man weder Studienanfänger noch Nachwuchswissenschaftler für die Fragen der Kerntechnik gewinnen. Privatwirtschaft und Staat sind gefordert, eine langfristig stabile Entwicklung sowohl im Bereich akademischer Kräfte als auch bei der beruflichen Bildung zu erreichen. Mit unserem Kernenergie-Campus geben wir jungen Menschen – Schölern, Studierenden – die Möglichkeit, Kerntechnik zum anfassen zu erleben. So möchten wir auf der Tagung einen kleinen Beitrag zur personellen Zukunft unserer Branche leisten.

### **Kerntechnik in der Spitzenforschung**

Wichtige Impulse um Kerntechnik als Spitzentechnologie im Bewusstsein zu halten und junge Menschen dafür zu begeistern, gehen von den Forschungsanlagen z.B. in Berlin, Mainz und München aus. Hier lässt sich Kerntechnik in ihrer ganzen Breite und als integraler Bestandteil im Know-how einer führenden Forschungs- und Industrienation erleben. Gerade das Beispiel der Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz, des FRM II in Garching bei München, die vor 10 Jahren den Betrieb aufgenommen hat, zeigt den Bedarf in Forschung und Entwicklung, in industrieller Produktion und in der Medizin. Egal ob in Geologie, theoretischer Physik oder Kunstgeschichte, in der Dotierung von Silizium für Leistungsanwendungen, bei der medizinischen Therapie oder in der Herstellung von radioaktiven Isotopen für die Anwendung in Medizin und Industrie: überall werden die Neutronenquellen gebraucht und sind begehrte Werkzeuge der modernen Welt. Solche Fähigkeiten und Kompetenzen sind für ein Land wie Deutschland dauerhaft unverzichtbar und benötigen Menschen, die sie mit Enthusiasmus verkörpern und weiter entwickeln.

### **Erfolgreiche Jahrestagung Kerntechnik**

Lassen Sie mich allen Vortragenden, Programmverantwortlichen und Teilnehmern auch der zahlreichen Fokus- und Fachsitzungen sowie der Technischen Sitzungen herzlich für Ihren Beitrag zu einer guten Jahrestagung Kerntechnik danken, die wieder ein wichtiges Forum für den Austausch von Wissen und Erfahrungen im Netzwerk unserer Branche ist.

Abschließend möchte ich Sie zum Empfang des DATF in der Ausstellung ab 19:00 Uhr einladen, der nahtlos in den traditionellen Gesellschaftsabend übergeht, zu dem unsere Aussteller Sie herzlich willkommen heißen.

Ihnen allen wünsche ich eine erfolgreiche Tagung mit interessanten Vorträgen und anregenden Gesprächen mit Kollegen aus dem In- und Ausland.